

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1918

223 (15.5.1918) Mittagblatt

Der Feind über den U-Boot-Krieg.

Die erste selbstverständliche Tatsache in der Kriegslage ist, daß England, wenn es seiner Handelsmarine beraubt wäre, zur Fortleitung der Kriegsführung hilflos wie ein Vogel sein würde, dem man die Flügel gestutzt hat. England ist nun zwar noch nicht seiner ganzen Handelsmarine beraubt worden, aber es ist genügend vernichtet worden, um Grund für die ernstesten Bemerkungen zu geben.

Times, 15. Dezember 1917.

In einer Rede vor den Mitgliedern der Getreidekommission sagte Sir A. Japp am 3. 12.: Man muß einfach die Bedeutung der sich steigenden Wirkung der Unterseeboot-Kriegsführung betrachten. Er habe sich die Zahlen angesehen und sei darüber entsetzt gewesen. Es würde uns nicht im geringsten wundern, zwei Millionen voll bewaffnete und ausgerüstete Amerikaner auf der anderen Seite des Atlantik zu haben, wenn wir ohne Schiffe wären, sie herüber zu schaffen.

Daily News, 4. Dezember 1917.

Zeit, wie Ihre Ausführungen zu bewerten sind. Es ist ein Mangel, die ausgezeichnete Haltung unserer Arbeiterklasse, ihre unermesslichen Taten für das Vaterland zum Ausgangspunkt für solche Ausführungen zu machen. Das richtet sich von selbst. (Beifall) Ich muß entschieden zurückweisen, daß das Reichsgericht irgendeine Tendenz urteilt. (Lachen bei den unabh. Soz.) Sie gehen mit vorzüglicher Meinung an die Reichsgerichts-urteile heran und konstruieren sich die Folgerungen. Damit nehmen Sie ihrer Kritik jede Bedeutung. (Lebhaftes: Sehr richtig!) Solche Kampfesweise wird nur bei einem ganz kleinen Teil des Volkes Widerhall finden. (Lebhaftes Beifall) — Der Entschluß des Zentrums über die soziale Fürsorge für die Wehrdienstverweigerer ist mir nur mit Sympathie gegenüberzustellen. Was die Verhaftung von Lebertreibern der Kriegsverordnungen anbelangt, so kann ich eine Milderung der Verhaftung nicht verschreiben. Die Verordnungen bilden ein Ganzes zur Verhinderung des ganzen Volkes während des Krieges. Der Umwandlung kurzer Freiheitsstrafen in Geldstrafen sehe ich freundlich gegenüber.

Landberg (Soz.): Dem Grundgedanken der Entschlüsse des Zentrums stimmen wir zu, wünschen aber eine andere Fassung. Wir freuen uns, daß der Staatssekretär sich namentlich im Jugendrecht von jedem engherigen Standpunkt frei macht. Ein Antitattigkeitsgesetz dürfte schnell von den Parteien ausgearbeitet werden. Mit dem Begriff des „öffentlichen Interesses“ wird zu leichtfertig umgegangen. Mit den kurzen Gefängnisstrafen wird nur Unheil angerichtet und dem Volk die Scheu vor dem Gefängnis genommen. Selbststrafen müssen dafür verhängt werden, und die Strafe sollte vor ihrem schändlichen Mißbrauch durch die Strafbefugnis geschützt werden.

Cohn (U. S.): Wir stimmen der Zentrumsresolution und der sozialdemokratischen Abänderung dazu zu. Das Jugendrecht muß schleunigst reformiert werden. Die Urteile aus Anlaß der Streibewegung sind derartig brutal, daß das Rechtsverständnis gänzlich vernichtet wird. In unseren Strafanstalten schmachten viele edle Männer aus Belgien und Deutschland. (Große Ausrufe, Beifall) Der Staatssekretär ermahnt den Redner, zur Sache zu reden und rüft ihn wiederholt zur Ordnung, der fortgesetzt von Massenjubel der Kriegsgenossen spricht. Die Leute haben vor, wenn der Krieg zum Frieden, die Lüge zur Wahrheit zurückkehrt. (Lärm, Beifall) Der Staatssekretär rüft dem Redner nochmals zu, zum Thema zurückzukehren. Herr Präsident, Sie machen wiederholt den Versuch, auf den Inhalt der Rede eines Abgeordneten einzuwirken. (Übermäßiger Ordnungsruf.)

Der Haushalt des Reichsjustizministers wird bewilligt. Die beiden Entschlüsse werden angenommen. Es folgt die zweite Beratung des Kolonialgesetzes.

Hedrich (R. Bp.): Eine große Anzahl deutscher Männer und Frauen, etwa 1500, schmachtet in Ostafrika in der Gefangenenschaft. Ich höre England der Unritterlichkeit und Unmenschlichkeit an und fordere die deutsche Regierung auf, entlassenen diesem Zustand ein Ende zu machen.

Stresemann (Kanzl.): England führt den Krieg nicht gegen die Wehrmacht, sondern gegen die Menschlichkeit. Unser Kolonialbesitz muß abgerundet werden. Wir müssen mit unseren kolonialen Besitzungen unabhängiger vom Ausland werden.

W. Böhndorf-Möbin (Kanzl.): Wir wünschen dem Staatssekretär Dr. Solf baldige Genesung. Dem General v. Kellom-Wardecke rufen wir unseren Dank für seine heldenhafte Verteidigung hinüber. In den Fragen unserer Kolonialpolitik sind wir einig.

Die feindlichen Brüder.

Ergählung aus vergangener Zeit von Hermann Hirschfeld.

8) (Fortsetzung.) Die Grotte neigte einwillig das Haupt; Wolfgang aber, in seiner rindigen Weise, erhob sich und eilte dem oben die Schwelle des Gemachs überschreitenden Herrn in schlichtem, schwarzem Samtgewande entgegen.

„Christoph“, rief er dem Eintretenden zu, den er mehr als Haupteslänge überragte, „mein treuer, armer Bruder!“

Die fürklichen Sprossen waren einander, obwohl im Alter nur ein Jahr sie schied, im Aeußeren völlig ungleich. Herzog Christoph war von kleiner, hagerer Gestalt, mit fohlschwarzem Haar und bleichem Antlitz; seiner, der ihn sah, mochte ihn die Kraft und Behendigkeit zutrauen, die ihm eigen war, die ihn drei Zentner schwere Steine weit fortzuschleudern ließ und ihn zum Meister in allen ritterlichen Leibesübungen machte.

Sergel, wenn auch mit gemäßigtem Ausdruck von Empfindung erwiderte Herzog Christoph des jüngeren Bruders Gruß. „Nicht arm nenne mich, Wolfgang“, sagte er, „wenn treue Freundschaft bei mir anharrt und mir, dem von Kaiser Geächteten, weiß ich mein Recht fordere, nur mein Recht, mir ein Asyl gewährt. — Du aber gib mir Kunde, warum du den Söhnen des Herzogs Albrecht, unseres Bruders, spielst? Wohl mag es seinem Stolz schmeicheln, wenn er einer seiner Brüder in sklavischer Gefolgschaft den andern gen. Minschen schleppt, so feie Richter seiner harren. Daß seine Absicht so, trau ich ihm zu, doch traute ich die Tat die nimmer, Bruder Wolfgang.“

Ohne den Besitz der flandrischen Küste ist für uns eine Weltwirtschaft ausgeschlossen.

Kreuz (D. F.): Der Weltkrieg hat auch in der Kolonialpolitik völlig veränderte Zustände gebracht. Wir fangen von vorne an, aber Deutschland wird es nicht an gründlichen Kolonialplänen fehlen.

Seinde (U. S.): Wir machen phantastische Kolonialpolitik nicht mit. Eine Volkssache ist die Kolonialpolitik nicht. Sie hat zum Kriege geführt.

Rosie (Soz.): Ansicht der Sozialdemokratie, hinter der die Masse der deutschen Arbeiter steht, ist es, daß die Feinde unter allen Umständen mit der Wiederherstellung unserer kolonialen Macht zu rechnen haben.

Unterstaatssekretär Dr. Klein: Es sind Abmachungen im Gange, daß die Zivilinternierten nach Deutschland entlassen werden. Unser Kolonialbesitz muß wieder hergestellt werden. Unsere bisherige Kolonialpolitik muß fortgesetzt werden.

Der Haushalt des Kolonialamtes und der Schutztruppen wird angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Vizepräsident Dr. Baasche schlägt vor, die nächste Sitzung des Hauses am Dienstag, den 4. Juni, 2 Uhr, stattfinden zu lassen.

Lebebour (U. S.) beantragt, die nächste Sitzung morgen stattfinden zu lassen mit der Tagesordnung: Auswärtige Politik, um die Vorgänge in der Ukraine zur Sprache zu bringen. Es bleibt beim Vorschlage des Vizepräsidenten. Schluß 7 Uhr.

Besprechungen der Abgeordneten mit den Finanzministern.

Berlin, 14. Mai. (B.Z.) Der Hauptauschuss des Reichstags nahm in seiner Plenarsitzung vom Dienstag den Bericht des Abg. Gröber (Ztr.) über die nachmittags gefolgten Besprechungen der Abgeordneten mit den einzelstaatlichen Finanzministern und dem Staatssekretär des Reichsschatzamtes entgegen. Von der Regierung sind gegen die Vorschläge auf Besteuerung des einfachen Einkommens und gegen eine Besteuerung von Vermögen schwere Bedenken geäußert worden. Dagegen war die Regierung einer Besteuerung des Rehereinkommens geneigter. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes hat die Auffassung, daß aus der Steuer auf das Wehrlohn (Kriegsgewinn) eine Milliarde für das Reich gewonnen werden könnte, jedoch eine weitere Besteuerung nicht notwendig sei. Der Vorkühende schlug vor, wie die Kriegsteuerentrichtungen zu auch alle übrigen Anträge zurückzuführen.

Abg. Graf Westarp (Kons.) brachte den Antrag auf stärkere Besteuerung der Kriegsgewinne unter Schonung des normal angewandten Vermögens ein, empfahl aber, auch darüber die Abstimmung auszuschieben. Hiermit ist die Beratung vorläufig abgeschlossen. Nächste Sitzung Mittwoch, den 5. Juni: Stempelsteuern.

Die 3. Lesung der preussischen Wahlrechtsreform-Vorlage.

Berlin, 14. Mai. (B.Z.) Nach Ablehnung des Antrags von J. Mann (natl.), der unter gewissen Voraussetzungen zu der Grundstimmzwei-Zustimmung gewöhnen will, erklärte der Vizepräsident des Staatsministeriums.

Dr. Frieberg: Die Staatsregierung hält nach wie vor an dem gleichen Wahlrecht unerrückbar fest und ist entschlossen, zu seiner Durchführung alle verfassungsmäßigen Mittel zur Anwendung zu bringen. Sie ist jedoch ebenso der Auffassung, daß das Herrenhaus als gleichberechtigter Faktor der Gesetzgebung zu dieser für das ganze Staats- und Verfassungsleben grundlegenden Frage Stellung nehmen muß, zumal auch die Neuordnung des Herrenhauses selbst einen wesentlichen Teil des geplanten Reformwerkes bildet. Demgemäß wird auch das Herrenhaus sich mit der Vorlage befassen. Sollte dies den geordneten Gang der Gesetzgebung entsprechende Verfahren entgegen der Erwartung der Staatsregierung innerhalb angemessener Frist nicht zur endgültigen Annahme des gleichen Wahlrechts führen, so wird die Auflösung des Hauses zu dem ersten Zeitpunkt erfolgen, zu dem dies nach pflichtmäßigen Ermessen der Staatsregierung mit der Kriegslage verträglich ist.

Zu § 2 (Ausschluß von der Wahlberechtigung) beantragt Dell (Ztr.) die Bestimmung zu freizugeben, daß der Ausschluß erfolgen soll wegen eines Verdrachens oder Vergehens, das die Übernehmung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann. Ferner soll nach dem Antrag gestrichen werden die Bestimmung, daß der Ausschluß wegen rückständiger Steuern erfolgen kann.

Abg. Kries (Kons.) beantragt, daß der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte den Ausschluß von der Wahlberechtigung zur Folge haben solle.

Der Minister des Innern Dr. Drews erklärte das Einverständnis der Regierung, daß rückständige Steuern

keinen Grund zum Ausschluß von der Wahlberechtigung bilden sollen.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag Kries angenommen, der Zentrumsantrag abgelehnt. Im übrigen wird der § 2 angenommen.

Zu § 3 (Wahlkreisgrenzen) liegen Anträge der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei vor auf Wiederherstellung der Regierungs-vorlage, welche das gleiche Wahlrecht vorseht.

Abg. Dr. Forst (Ztr.) erklärt: Der Teil meiner Freunde, der seine Stellung von dem Schicksal der Sickerungsanträge abhängig machen wollte, wird heute für das gleiche Wahlrecht stimmen.

Nach Ausführungen der Abg. v. Kardoff (bei seiner Partei), Hirsch (Soz.), v. Derben (Freikons.), Hoffmann (U. Soz.) und v. Gräfe (Kons.) folgt die Abstimmung über den Antrag auf Wiederherstellung des § 3 der Regierungs-vorlage, der das gleiche Wahlrecht vorseht. Er wurde mit 230 gegen 185 Stimmen abgelehnt.

Das Abgeordnetenhaus hat in der Gesamtabstimmung die Wahlrechtsvorlage gegen die Stimmen der Fortschrittlichen Volkspartei, der Polen und der Sozialdemokraten angenommen und sich darauf am Dienstag, den 4. Juni verlegt. Am 5. Juni wird der Vorkühnenrat zusammen-treten, um darüber zu entscheiden, wann beschlussmäßig die neue Lesung der Vorlage stattfinden wird.

Eine offiziöse Erklärung zu dem Ergebnis der 3. Lesung. Berlin, 14. Mai. (B.Z.) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bespricht den Abschluß der dritten Lesung des preussischen Wahlrechtsreformgesetzes. Sie weist darauf hin, daß die Abstimmung gezeigt habe, daß die Balance der Stimmen des gleichen Wahlrechts nicht mehr in der gleichen Weise steht, wie in der zweiten Lesung, welche, und führt aus, daß bei den Verhandlungen der Wunsch nach einer Verständigung in erheblichem Maße sich gezeigt habe.

Im Anschluß an die Erklärung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums bemerkt das Blatt ferner: Mit dieser Erklärung habe die Staatsregierung erneut den festen Entschluß bekundet, die Wahlrechtsreform gemäß dem Allerhöchsten Erlaß vom 11. 6. durchzuführen. Die Wichtigkeit dieses Standpunktes, daß dabei alle verfassungsmäßigen Mittel zu erschöpfen seien, habe gerade der Verlauf der gestrigen Sitzung erwiesen. Es werde dem Herrenhaus nicht verwehrt werden dürfen, den Versuch der Herstellung einer geeigneten Weise zu machen. Das Mittel der Auflösung bleibe ungelegt in der Hand der Regierung. Wenn in der Erklärung der Regierung von der Kriegslage die Rede sei, so sei damit lediglich der prägnanteste Ausdruck gewählt worden, wie dies in einer programmatischen Erklärung notwendig sei. Selbstverständlich sollten damit alle während des Krieges sich geltend machenden Momente gemeint sein, militärische, politische und wirtschaftliche, die für die Entscheidung der Staatsregierung maßgebend sein könnten. Daraus ergab sich mit Notwendigkeit, daß die Wahl des Zeitpunkt für eine eventuelle Auflösung von der künftigen Staatsregierung unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Verhältnisse getroffen werden könne. Wenn die Regierung den von ihr gewählten Weg gehe, so gehe das mit vollem Bewußtsein, daß sie damit am besten dem Wohle des Landes und dem des Volkes diene. Wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, liege heute noch im Dunkeln. Jedenfalls brauche auf die Hoffnung nicht verzichtet werden, daß aus dem Fortgange der Verhandlungen sich ein günstiges Resultat ergeben werde.

Deutschland. Zu dem neuesten Fall. Der in der Presse mit so großem Aufwand von Worten und so wenig Sachlichkeit behandelt wurde, schreibt die sozialdemokratische Internat. Korr., wie wir der Germania entnehmen:

„Nicht vom Abg. Erzberger, sondern von Fortschrittlichen stammt der Entwurf einer Entschlüsselung her, die dem Zweck dienen sollte, einer vierjährigen sehr wichtigen und ausschlaggebenden Erörterung einen äußeren Abschluß zu geben. Sie richtete sich auch nicht gegen die Oberste Heeresleitung, sondern stellte allgemeine Richtlinien für die Führung der politischen Geschäfte auf, die so sehr „offene Türen einrammen“, daß behal der Bismarcker ihre Zustimmung nicht geben zu können erklärte.“

Diese Feststellung, der wir sonst noch nicht begegnet sind, ist bemerkenswert angesichts der Aufregung über Erzberger. Unter einem besonderen Gesichtspunkt, der auch von uns schon angedeutet wurde, betrachtet die Germania, das Organ des l. Fortschrittlichen des Augustinereins, die Angelegenheit. Sie schreibt unter anderem:

„Die Zentrumspresse, soweit sie auf die C.R.G. angewiesen ist, fand am Himmelfesttag und auch am Freitag, 10. Mai, vor einem vollen Publikum, sie mußte sich lediglich aus der gemäßigten Presse orientieren.“

Chronik des dritten Kriegsjahres.

1. Mai. Erfolgreicher Vorstoß östlich von Rom. Der fünfte Tag der 10. Sizilien-Schlacht für die Italiener ergebnislos. Vergebliche Anstöße gegen die Höhen von Blava und Zagora, auf dem Rif, Monte Santo, Monte Gabriele, im Górz und im Bereiche des Fajti-Gebirges. Erfolgreiche Seekämpfe österröcherischer Streitkräfte in der Dnau-Strasse. Diskussion im Reichstag über die Kriegszielefrage. Erfolgreicher Vorstoß von Seeflugzeugen vor der Themsermündung.

Und hat sich daher natürlich falsch orientiert, weil die gegnerische Presse, der selbst auch die Köln. Volkszeitung gefolgt ist — als ob sie sich nicht an autoritativer Stelle hätte erkundigen können! — auf Grund von Auswertinformationen und zielbewussten Tendenzen falsch berichtet. Die Germania hat ein Recht, sich über mangelnde Aufklärung von Zentrumsseite zu beklagen. Es ist in der Tat, trotz der Tagungen des Augustinereins und der dort gegebenen Verbürgungen im letzten Jahr nicht besser geworden. Mindestens müßte man doch erwarten, daß die Köln. Volkszeit., die doch ihren Vertreter in Berlin hat, nicht auf die Berichte gegnerischer Blätter angewiesen wäre, wie es diesmal der Fall war, wodurch die Verwirrung und Aufregung noch größer wurde. Es dürfte doch nicht vorkommen, daß ein bislang führendes Blatt der Zentrumsseite, zuerst in drei Nummern auf falschen Berichten beruhend, eine so schärfere Art gegen einen Zentrumsabgeordneten bringt, bis es endlich am 4. Blatt die Erklärung der Zentrumsfraktion zitiert, wonach sich die Grundlage seiner Angriffe als falsch erweist. Man könnte ja wirklich meinen, daß es keine Fäden mehr gebe, die eine Verbindung herstellen zwischen Zentrumsfraktion und Köln. Volkszeitung. Und was für die R. V. gilt, gilt auch für den weniger auch für die sibirische führende Presse des Zentrums. Wenn diesem an eine völlige Desorganisation in der Zentrumspresse abgemahnen Zustand nicht rasch abgeholfen wird, dann sehen wir wahrhaftig nicht, wie eine Desorganisation und unvollständige, folgenreichere Verwirrung in der Geschlossenheit des Zentrums hintangehalten werden soll.

Abg. Schöner (Soz.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Badischer Landtag. Zweite Kammer.

B.Z. Karlsruhe, 14. Mai 1918. Präsident Kopp eröffnet die 47. Sitzung um 4 Uhr 20 Min. Am Regierungstisch: Staatsminister Frede von Rodman und Kommissare. Der Präsident bittet im Anschluß an die Mitteilung des Eingangs die Mitglieder einzufinden die geschäftsordnungsmäßige Beschlüsse der Kommissionen beizubehalten, gleichzeitig aber die Geschäftsordnungskommission zu beauftragen, die Namen der Kommissionen zu verdeutlichen. Abg. Wehmann (natl.) stimmt dem zu und bittet die Sache zu beschleunigen. Der Vorkühnenrat des Präsidenten wird angenommen.

Gesetzentwurf betr. die staatliche Verbürgung zweier Hypotheken zur Förderung des Banens von Kleinwohnungen (Wohnungsbauförderungsgesetz).

Berichterstatter Abg. Dr. Koss (natl.) erläutert Bericht über den Gesetzentwurf, der dem preussischen Bericht nachgebildet sei. Durch den Vorschlag und Entschluß der Bundestag während des Krieges sind Verhältnisse eingetreten, die als Wohnungsnot bezeichnet werden müssen. Der Staat muß daher aus seiner Zurückhaltung herausreten und helfend eingreifen. Der Staat bewilligt für die Zwecke der Hypothekendarlehen 7 1/2 Millionen Mark. Die Gesamthöhe der zu übernehmenden Bürgschaft wurde von der Kommission von zehn auf das fünfzehnfache der jeweils verfügbaren Bürgschaftserhöhung erhöht. Ein Antrag Kuffner u. Gen. betr. die Gewährung von Darlehen zum Wohnungsbaue wird von der Kommission durch den Gesetzentwurf für erledigt erklärt. Zu der Petition des Badischen Eisenbahnerverbandes um Förderung des Kleinwohnungsbaus für das untere Eisenbahnpersonal gab die Regierung die Erklärung ab, daß sie im Sinne der Billigkeit handeln werde. Die Kommission beantragt, den Antrag Kuffner durch den Gesetzentwurf, die Petition durch die Erklärung der Regierung für erledigt zu erklären. Der Gesetzentwurf wurde mit einigen Verbesserungen, insbesondere der Streichung des Wortes „zweiter“ bei Hypotheken einstimmig angenommen und

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt. Abg. Hoff (Ztr.) hat man erkannt.

Kriegsjahre.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Landtag.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

Die Kommission empfiehlt dem Hause ebenfalls die An- nahme. Oberwald (H. B.) begründet den Antrag Muser und Gen. Mit dem Gesetz machen wir einen gewaltigen Schritt auf sozialem Gebiet. Der größte Teil des Antrags sei im Gesetzentwurf enthalten, über den an- deren Teil schweben noch Verhandlungen. Er habe des- halb nur wenig zu dem Antrag zu sagen. Für Bau- löser, die zum gemeinnützigen Wohnungsbau bestimmt sind, sollte ein fester Preis festgesetzt und diese Häuser der Versteigerung entzogen werden.

tätig bei Schaffung des Landeswohnungsvereins, des Bauvereins und der Schaffung der Wohnstätten. Der Staat bewilligt bereits für gemeinnützige Bauten grö- ßere Mittel; mit dem Hypothekendarlehengesetz schreitet er weiter und übernimmt ein Baugeld von 7 1/2 Mil- lionen. Der Einwand, Vorsicht zu üben, lag sehr nahe; er sei aber nicht der Meinung, daß durch die Maß- nahme in den Städten der Zugang gefördert werde; man entspreche dadurch nur einem dringenden Bedürfnis. Er hoffe nicht, daß durch die schmerzlichen Kriegsverluste eine Milderung der Wohnungsnot kommen werde. Sie entbehren uns der Not nicht, die hervorgerufen wurde dadurch, daß während vier Jahren fast gar keine Woh- nungen gebaut wurden. Durch die Preise gehen Nach- richter, daß wir einer erdrückenden Wohnungsnot ent- gegengehen. Wie wir aber Maß halten in der Erstellung von Wohnungen, so müssen wir uns auch fügen, eine Panik herbeizurufen. Es wird demnach durch eine Wohnungszählung das Wohnungsbedürfnis festgestellt. Dem Mannheimer Unternehmen steht die Regierung wohlwollend gegenüber, auch die Domänenverwaltung. (Abg. Wittger: Sie zeigt sich aber hochbeleg!) Ich muß mich dagegen verwahren, daß eine Verböhrung hochbelegig ist. (Weiterer:) Es sind jetzt 49 Baubereinigungen vor- handen und 12 weitere angefragt. Zu erwarten ist, daß durch den Bau dieser Baubereinigungen noch weiter- gefördert wird. Die Bedingungen der Baubereine denken sich mit den Forderungen der Städte, daß nämlich ein billiger Mietzins gewährt wird. Eine Kundbare Wirt- schaft hätte keinen Wert. Den Wünschen der Städte- konferenz ist im wesentlichen bereits entsprochen. Die Frage, ob auch Eigenbauten des Vorteils des Gesetzes teilhaftig sein sollen, ist zu bejahen, z. B. wenn ein Ar- beiter für sich ein Haus baut. Was die Beteiligung des Staates an Baubereinen durch Übernahme von Stamm- anteilen betrifft, so werden wir uns über diese Frage noch eingehend zu unterhalten haben bei der Petition der Gewerkschaften.

Abg. Oberwald (H. B.): Mit dem Gesetzentwurf ist unser Antrag erledigt; ich stelle das gern fest. Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Wittger (Soz.) wird der Gesetzentwurf nach den Vorarbeiten der Kom- mission einstimmig angenommen, dem Antrag Muser und die Petition werden entsprechend dem Kom- missionsantrag für erledigt erklärt.

Hierauf wird in die Beratung der Denkschrift der Großen Regierung über ihre wirtschaftlichen Maß- nahmen während des Krieges eingetreten. Präsident Hoff: Nach dem Vorschlag des Vertrauens- männerausschusses soll von jeder Partei ein Redner un- bedingt im übrigen aber der Redner nur 10 Minuten Redezeit erhalten. Der Vorschlag wird nach kurzer Ge- schäftsordnungsdebatte angenommen.

Berichterstatter über Abschnitt I (Beamtenrechtliche Maßnahmen) ist der Abg. Herle (H. B.). Die Kom- mission spricht der Regierung Dank und Anerkennung aus und beantragt den Abschnitt I für unbeanstandet zu erklären.

Berichterstatter zu Abschnitt II (Land- und Forst- wirtschaft, Jagd und Fischerei) ist der Abg. Weisshaupt (Ztr.). Die Kommission ist der Meinung, daß die Regierung auf diesen Gebieten alles getan habe, was sie tun konnte. Redner weist hin auf die prekären Verhältnisse auf dem Lande, wo die Männer eingezogen sind und die ganze Arbeit in den Händen von Frauen und Töchtern liegt, bei denen sich bereits gesundheitliche Schädigungen be- merkbar machen. Es muß mehr auf die Verhältnisse Rücksicht genommen werden bei den Beurteilungen. Auch bezüglich der Lieferung von Benzol und Petroleum wurde dem nicht voll entsprochen, was das Kriegswirt- schaftsrat vertritt. Die Petroleumabgabe wird wieder- forgesetzt. In einem Bezirk, wo große Betriebe sind, sind die Felder bis 25 Prozent nicht bestellt worden. Er bitte die Regierung, dahin zu wirken, daß der Land- wirtschaft nur solche Reute zur Verfügung gestellt werden, die auch etwas von der Landwirtschaft verstehen. Die Maschinenfabriken haben die landwirtschaftlichen Be- dürfnisse genügt, den Bauarbeiten die Rabatte für die Maschinen nicht mehr auszubehalten. Soweit dürfte es die Regierung nicht kommen lassen. Die Kommission beantragt, den getroffenen Maßnahmen zuzustimmen.

Abg. Engelhard (Ztr.) begründet den Antrag Engel- hard und Gen., betr. die rechtzeitige Beschaffung von Mitteln zur Bekämpfung von Viehkrankheiten. Dadurch daß der größere Teil des Materials gegenwärtig schon in den Händen der Besessenen ist, ist der Antrag er- ledigt. Wir danken der Regierung für ihre Bemühungen.

Abg. Fischer (H. B.) begründet seinen Antrag, die Regierung möge dahin wirken, daß vom Militär ent- behrliche Pferde, auch wenn sie an Interzessionen lei- den, an die Landwirte abgegeben werden, und freut sich, daß der Antrag in der Kommission einstimmig ange- nommen wurde.

Hier wird um 7 Uhr 20 Min. abgebrochen. Morgen vormittag 9 Uhr Fortsetzung.

Baden.

Sprechung über die Die Steuer. Karlsruhe, 15. Mai. Vor wenigen Tagen fand hier zwischen den badischen Brauerei- besitzern und Finanzminister Dr. Rhein- boldt eine Verhandlung über den neuen, dem Reichstag zugegangenen Biersteuerge- setzentwurf statt, der nach Annahme zunächst nur in der norddeutschen Brauereiergemeinschaft Gültigkeit haben wird. Für die süddeutschen Reichsstaaten Baden, Württemberg und Bayern wird sich laut Str. Post dadurch die Notwendigkeit er- geben, auch ihre Biersteuergeetze zu ändern bzw. ihren Biersteuerertrag zu steigern, um nicht den für ihre Sonderrecht an die Reichskasse abzuführenden höheren Ausgleichsbeitrag aus anderen Ein- nahmen bestreiten zu müssen. Dieser Ausgleichs- betrag wird sich für Baden voraussichtlich von bis- her rund 5 Mill. Mark auf etwa 17 bis 18 Mill. Mark jährlich erhöhen. Deshalb muß auch in Ba- den die Biersteuer entsprechend erhöht werden; ob das durch Erhöhung der derzeitigen Malz- steuer um etwa das Vierfache oder durch Einfüh- rung einer dem Reichsgesetz nachschubenden Bier- fabrieksteuer zu geschehen hat, steht noch nicht fest.

Chronik.

Aus Baden. Heidelberg, 14. Mai. In der Nacht zum Mon- tag brachen zwei schwere Jungen, Grobbs und Rüdiger, aus dem hiesigen Kitzgefängnis aus und flüchteten. Zu ihrer Flucht benutzten sie die frühesten Morgenstunden. Sie banden an das Gitter des Fensters ihr Leintuch und ließen sich daran herab. Dann gelangten sie durch einen Schornstein an den Dächlerleiter und so in den Gefängnishof. Von hier aus begaben sie sich über eine Mauer nach dem zweiten Gefängnis und schwangen hier das

Waidheil auf die Mauer. Sie kletterten dann auf das Dach eines Holzschuppens, von wo aus sie die Mauer gut zu erreichen hatten und kletterten sich an Waidheil auf die Straße herunter. Die Schutz- mannschaft konnte schließlich den Grobbs verhaften, nachdem er auf die Schutzleute verschiedene Schüsse abgegeben hatte.

Heidelberg, 15. Mai. (W. B.) Hier fand eine außerordentlich stark besuchte Werberversammlung zur Gründung einer gemeinnützigen Baugenossen- schaft für Volks- und Kriegserkrankte statt, die von Herrn Stadtrat Dr. Kaufmann geleitet wurde. Nach einem Vortrage von Herrn Dr. Mittel aus Karlsruhe, "Wie errichten wir Volks- und Kriegserkrankte" übernahm eine große Zahl von An- gehörigen aller Kreise Stammentgelt der zu grün- denden Baugenossenschaft.

Y Mannheim, 14. Mai. Ein räuberischer Überfall wurde in der nähen pfälzischen Stadt Oggersheim von zwei unbekanntem Männern verübt. Die beiden Räuber drangen in die Wohnung der 77jäh- rigen Witwe Barbara Kieple ein, banden die Gering- forderte unter Drohungen ihre Vorfahrt. Die Frau lieferte den Unbekannten ihr Geld in Höhe von 2700 M. aus. — Zu einem Zusammenstoß zwischen einem Einbrecher und einem Schutzmännchen kam es in Mannheim in der Frühe des Sonntag. Der Schutzmänn- chens hatte den Einbrecher auf feißiger Tat ertappt. Als er ihn verhaften wollte, feuerte der Verbrecher einen scharfen Schuß ab und verletzte den Schutzmänn- chens. Der Täter entkam.

Tauberbischofsheim, 14. Mai. In Dittwar feierte der älteste Einwohner des Dorfes, Landwirt Adolf Rudolf, seinen 90. Geburtstag.

Baden-Waden, 14. Mai. Goldschmied Johann Scham und Gemalin in Bickental feierten das Fest der goldenen Hochzeit.

Sinsheim, 14. Mai. Der Stand der Feld- früchte im Elsaß ist gut. Die Winterfaat hat nach dem Mannh. Gen. Anzeiger vorzüglich überwintert und auch die Frühjahrfaat berechtigt zu den besten Erwartungen. Der Roggen steht so schön wie nie. Die Weizenfelder zeigen guten Stand; sie sind mit ihrer Blüte wohl etwas unter die Regen- zeit gekommen; doch darf man annehmen, daß es ihnen nicht geschadet hat. Die einzelnen schönen Lagen brachten den Winenzüchtern reiche Ernte.

Lahr, 14. Mai. Beim Boden in der Schutter ist der 10jährige Sohn des im Seeresidenten stehen- den Gypfers Adolf Karz erkrankt. — Die be- kannte Firma Daniel Voelcker hat der Stadt anlässlich des 100jährigen Bestehens der Firma den Betrag von 40 000 Mark als Beitrag zu den Kosten für die Errichtung einer städtischen Festhalle zu- gewendet.

Waldbühl, 14. Mai. Die Eheleute Bernhard Müller in Waldbühl konnten am 12. Mai d. J. das Fest ihrer diamantenen Hochzeit begehen.

Lokales.

Karlsruhe, 14. Mai 1918. Aus dem Hofbericht. Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm gestern die Vorträge des Geheimen Re- gationsrats Dr. Seb. des Ministers Dr. Hübsch und des Geheimrats Dr. Freyherrn von Wabo entgegen.

Na. Die Vereinsbank Karlsruhe hat dem Ortsaus- schuß Karlsruhe des "Badischen Heimatsbund" als ein- malige Gabe die Summe von 1000 M. Mark zugewendet.

Der Kathol. Jugendverein der Südstadt beging am Sonntagabend im überfüllten Apolloaal das Fest der Aufnahme neuer Mitglieder. Nahezu 100 Jüng- linge schlossen sich wiederum dem Verein an. Die Fest- anrede hielt der hochw. Herr Pfarrvikar Baum- eister, der in patetender Weise den Jünglingen die heiligen Jugendideale ans Herz legte. Der hochw. Herr Präses Kaplan Reinhard gedachte der acht im letzten Jahre auf dem Felde der Ehre gefallenen Mitglieder, insbesondere des Seniors Weier, und nahm dann die neuereitenden Mitglieder in den Verein auf, nachdem sie in feierlicher Weise zu den Segnungen und Idealen des Vereins sich bekannt hatten. Im übrigen brachte der Abend eine reiche Fülle guter Unterhaltung. Die Jugend- vereinskapelle unter der Leitung des Herrn Herrn spielte mit Schmelz und Wärme. Die Kassenabteilung unter der Leitung des Herrn Danneisen führte prächtige Sym- phonien auf und gab durch turmerische Glanzleistungen am Barren und Trapez Zeugnis von ihrer geradezu ver- blüffenden Richtigkeit in den schwersten Leistungen. Ein fähiger Einakter und eine hübsche Solopfege, gegeben durch Herrn Huber, sorgten dafür, daß auch der gesunde Humor nicht zu kurz kam. Mit den besten Eindrücken ging die Frohgemute Festversammlung auseinander. Woge der Jugendverein weiter fröhlich blühen und ge- deihen.

Die Parteien und die Regierung.

Unser parlamentarischer Vertreter schreibt uns: Viel ist in den letzten Tagen wieder davon die Rede gewesen, als ob innerwärts der Parteien über die Politik der Regierung ernste Unstimmigkeiten herrschten. Entstanden sind diese Auffassungen durch teils falsche, teils mißverständliche, teils aber auch bewußt irreführende Berichte. Daß über ge- wisse Maßnahmen Meinungsverschiedenheiten herr- schen können, liegt bei der Zahl und Größe der auf- geworfenen Probleme in der Natur der Sache. Der Regierung dieserhalb aber das Vertrauen entziehen zu wollen, wird keine Partei verantworten können und am allerwenigsten wäre das anzunehmen just von denjenigen Parteien, welche die jetzige Regie- rung auf ihren Schild erhoben haben. Zur Steuer der Wahrheit muß auch ausgesprochen werden, daß von dem Vorstoß eines einzelnen Abgeordneten gegen die Regierung nicht die Rede sein kann. Am Aus- schuß war vielmehr von einer ganzen Anzahl den verschiedensten Parteien angehöriger Abgeordneter beauftragt worden, über gewisse Fragen gewisse Mitteilungen anzustellen. Diese befragten allerdings Selbstverständlichkeiten, und man hat daher von de- ren Geltendmachung in Traktatsform abgesehen. Es ist selbstverständlich, daß ein Antrag, welcher der Regierung eine bestimmte Marschroute vorschreiben und insbesondere durchbilden lassen würde, als sei die Regierung zu schwach, anderen Stellen gegen- über sich durchzusetzen, von uns auf das entschei- dende bekämpft werden würde. Ein solcher An- trag würde das Vertrauensverhältnis, das im Volke zur Regierung besteht, erschüttern, und das ist

das Gefährlichste, was sich in diesen entscheidungs- schweren Zeiten ereignen könnte. Andererseits muß man anerkennen, daß die jetzige Regierung ihre ganze Kraft darin setzt, dem Volke politisch und wirtschaftlich Gleichrichtungen zu schaffen. Hier Friedensschlüsse hat die neue Regierung bereits ge- tätigt, der ganze Osten ist frei, und da wäre es ein feilboles Tim, dieser Regierung just in einem Augenblicke in die Arme zu fallen, in welchem si- alle Mittel nutzbar machen muß, um die Friedens- möglichkeiten nach dem Besten hin sicherzustellen. Das Volk steht in seiner erdrückenden Mehrheit hinter der Regierung, es weiß vor allen Dingen auch Treibereien ab, die darauf zielen, das Ministerium zerlegen wegen der entschlossenen Haltung in der Frage des gleichen Wahlrechts in Preußen zu un- terminieren. Eine solche Gefahr besteht in der Tat, weil bestimmte Gruppen hoffen, dann ein gefügigeres Kabinett zu erhalten.

Die Zeit ist zu ernst, als daß wir uns leichtfer- tige und gefährliche Experimente leisten könnten. Es ist notwendig, daß wir alle die geistige Spannkraft uns erhalten, daß wir uns vor allem nicht durch nebensächliche Dinge in unserer Entschlossenheit erschüttern lassen. Der feile Feind, auf welchem die prachtvolle, alle Welt zur Bewunderung herausfordernde Stimmung unseres Volkes gegründet ist, heißt Vertrauen, unerschütterliches und unerschütterliches Vertrauen! Diesen Feind wird sich unser wackeres Volk von seiner Seite un- terminieren lassen.

Ausbau und Vertiefung des deutsch-österreichischen Bündnisses.

Berlin, 14. Mai. (W. B.) Die Kölnische Zeitung meldet aus Berlin vom 14. Mai: Das Wien und Budapest liegen bereits eine Fülle von Mel- dungen und Presseäußerungen über das grundsätz- liche Ergebnis über die Verhandlungen im Großen Hauptquartier vor. Die Presse- stimmen zeigen, welchen tiefen Eindruck die Feststellung der grundsätzlichen Einigung über den Ausbau und die Vertiefung des Bünd- nisses auch in dem verbundenen Reich gemacht hat. Die Meldungen bedürfen jedoch wohl der Erg- änzung, die auch der Richtigstellung verschiedener falscher Angaben. So ist z. B. die Be- hauptung, es sei grundsätzlich beschlossen worden, daß das neue Bündnis in die Verfassungen der Verbündeten mit aufgenommen werde, nach meinen Ermittlungen unzutreffend. Daraus ist nicht die Rede gewesen. Es besteht vielmehr die Absicht, Verträge militärischer, politischer und wirtschaftlicher Natur abzuschließen. Die Verträge sollen ein zusammengehöriges und zu- sammenhängendes Ganzes bilden und nach Möglich- keit zusammen unterzeichnet werden. Es wird also nicht etwa eine Politik verfolgt, daß ein wirtschaft- liches Bündnis besonders abgeschloffen wird, sondern ein Vertrag, der einen militärischen, einen politi- schen und einen wirtschaftlichen Teil hat. Unzu- treffend ist auch die Nachricht, daß man sich bei den Verhandlungen im Hauptquartier auf die sogenannte österrösch-polnische Lösung geeinigt habe, oder daß die Vereinbarung diese Lösung zur Folge haben würde. Was die wirtschaftlichen Ver- handlungen betrifft, so sollen sie so geführt werden, daß ihr Ergebnis keine wirtschaftskrieglerische Ten- denz enthält, sondern eine wirtschaftliche Verständig- ung mit unseren Gegnern ermöglichte kann. Während wir bereits dargelegt, die wirtschaftlichen Verhandlungen sich über den Sommer hinziehen werden, werden die militärischen und politi- schen Richtlinien für die künftige Gestalt- ung des Bündnisses bereits demnach ausgearbeitet werden. Dieses liegt in der Natur der praktischen Erfahrungen des Krieges, die ja für die künftige zweckmäßige militärische Zusammenarbeit wichtiges Material geliefert haben und in der Natur der ge- machten politischen Erfahrungen. Es sei hinzugefügt, daß man für die bevorstehende militärische Verein- barung den Namen "Waffenbund" gewählt hat.

Bevorstehende Verhandlungen.

Wien, 15. Mai. (W. B.) Die Kölnische Zeitung meldet aus Berlin vom 14. Mai: Die so befriedi- gend verlaufenen Verhandlungen im Großen Haupt- quartier bilden mit den dabei erzielten Feststellun- gen der Grundlinien für den Ausbau und die Ver- tiefung des Bündnisses den Auftakt der politi- schen, militärischen und wirtschaft- lichen Arbeiten, die nimmer wohl in aller Kürze beginnen werden. Es liegt auf der Hand, daß die zu treffenden politischen und militärischen Vereinbarungen, deren wirtschaftliche Gestalt sich un- schärfer denken läßt, sich rascher durchführen lassen werden, als die wirtschaftlichen, bei denen ein schwerer Interessenausgleich zwischen Ländern von wirtschaftlich so verschiedener Struktur und Kräfteverteilung herauszustellen ist. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die Einleitung der Verhandlungen in Berlin stattfinden wird. Zu diesem Zwecke werden wohl österreichische und ungarische Staatsmänner hier erwartet werden. Die Verhandlungen werden dann in Wien fortgesetzt und abgeschlossen werden. Auf deutscher Seite wird wohl auch bei diesen Wirtschaftsverhandlungen der frühere Direktor der handelspolitischen Abteilung des auswärtigen Amtes, Erzherzog von B. d. n. r., dessen reiche Erfahrungen auch in Bukarest von sehr großem Nutzen gewesen sind, an der Lösung der Auf- gaben mitwirken. Entsprechend den zu leitenden umfangreichen Einzelarbeiten dürften die wirtschaft- lichen Verhandlungen wohl mehrere Monate in An- spruch nehmen.

Kaiser Karl nach Sofia und Konstantinopel.

Wien, 14. Mai. (W. B.) Die Blätter melden die bevorstehende Reise Kaiser Karls nach Sofia und Konstantinopel.

Wizza, 14. Mai. (W. B.) Meldung des Wiener- schen Bireos. Gordon Bennet, der Inhaber des Newyork Herald ist in Beaulieu gestorben.

Abänderung der Prüfungsordnung für Ärzte.

Berlin, 10. Mai. (W.Z.B.) Der Bundesrat hat eine Abänderung der ärztlichen Prüfungsordnung...

würden. Der Vorstand wird deshalb in der Sache weitere Schritte unternehmen.

Vom deutschen Ausschuss für Lichtspielreform.

Der Deutsche Ausschuss für Lichtspielreform in Stuttgart, der die Veredelung des Lichtspiels anstrebt...

Preiswerte und zweckmäßige Holzsanalen.

Die warmen Tage des Sommers werden weitere Preise veranlassen, neben anderem Kriegsschuhwerk...

Politische Nachrichten.

Erklärung von Prof. Dr. Duidde.

Berlin, 13. Mai. (W.Z.B.) Professor Dr. Duidde erwidert uns um Bekanntgabe folgender Erklärung...

Interessen bei einer in Bern bestehenden Stiftung wegzunehmen, und doch ich bei dieser Gelegenheit...

Zur Lebensmittelversorgung Hollands.

Amsterdam, 13. Mai. (W.Z.B.) Die Wälder veröffentlichen eine Unterredung, die der Vorsitzende...

Karlsruher Ständebuch-Auszüge.

Die Beschlüsse. 14. Mai: Werner Thomas von Berlin, Buchbinder-Mechaniker in Berlin...

Vater Heinrich Boef, Wagenführer. — 11. Mai: Friedrich Walter, Vater Ernst Lode, Hilfsarbeiter...

12. Mai: Karl Kunz, Kaufmann, Chemann, alt 88 Jahre; Sunnside, alt 1 Monat 20 Tage...

Mittwoch, den 15. Mai. 10 Uhr: Karl Kunz, Lagerverwalter von Durlach...

Auswärtige Geborene.

Jell (H. Wühl): Barbara Jeller, 90 J. * Sesselberg; Sophie Behringer geb. Mommel, 62 J. *

Unacc-Kalender.

Mittwoch, den 15. Mai. Kath. Jugendverein Reichenheim. 8 Uhr: Versammlung in...

Mit jedem Tage kann der Postbezug des Badischen Beobachters begonnen werden.

Standesfragen der Rechtsanwält.

Karlsruhe, 12. Mai. In der hier vor kurzem abgehaltenen Jahresversammlung der Badischen Anwaltskammer wurde mitgeteilt...

Todes-Anzeige. Karolina Dufner. Mitglied der Marianischen Jungfrauenkongregation. Wohl vorbereitet, nach geduldig ertragenem Leiden...

Bekanntmachung. Der zweite Teil des Leichenbescheides 21 des Hauptfriedhofs...

Katholische Gesellenherberge Karlsruhe, Aktiengesellschaft. Am Dienstag, 4. Juni, abends 6 Uhr...

Gras-Versteigerung. Am Donnerstag, den 16. Mai 1918, wird das Heugras der Stichkanal- und Sassenringdämme...

Tüchtige Stenotypistinnen für Kanzleien u. Privatgeschäfte werden für sofort und später gesucht.

Verdegestellung in Brandfällen. Alle Pferdebesitzer werden mit Rücksicht auf den der jetzigen großen Verdemannal angefordert...

Table with 2 columns: Description of horse (e.g., 'für das erste Pferd'), Price (e.g., '7,50').

VII. Kriegsanleihe. Die Stücke zu 2000 Mk. sind eingetroffen. Wir bitten unsere Zeichner...

Gras-Versteigerung. Am Donnerstag, den 16. Mai 1918, wird das Heugras der Stichkanal- und Sassenringdämme...

Tüchtige Stenotypistinnen für Kanzleien u. Privatgeschäfte werden für sofort und später gesucht.

Drucksachen. jeglicher Art fertigt schnellstens an 'Badenia', Akt.-Ges. für Druck und Verlag, Karlsruhe.

Daniel's Konfektionshaus. Karlsruhe, Wilhelmstrasse 34, 1 Treppe. Auf Pfingsten. Seiden-, Taft- und Bastelkleidmantele...

Zur Hindenburg-Offensive. Karte der Westfront. Größe 60x90 cm. Preis 1.- Mark.

Aufgebotsverfahren. Suche Abnehmer. Der Evangelische Kirchen-Gemeinderat Karlsruhe...

Eine tüchtige Köchin. für ein katholisches, gekl. Haus in Freiburg gesucht.

Amerikaner Dien (mit Kacheln) Teutonen (Dien) zu verkaufen.

Zu kaufen gesucht grosses Fabrik-Grundstück. geeignet für saubere Fabrikation, gegen Barauszahlung...

Städt. Vierordtbad Karlsruhe. Kohlsäurebäder und elegante Wannenbäder I., II. und III. Klasse.

Städt. Vierordtbad Karlsruhe. Kohlsäurebäder und elegante Wannenbäder I., II. und III. Klasse.

Rasier-Klingen. f. Sicherh.-App. wird dauerhaft gef. aufgeschliffen...

Gebisse. Kauft jeden Dienstag Fr. Weisbach, Karlsruh. 37 part., Karlsruhe.

Vertical text on the right edge of the page, including page number 'Nr. 224' and various small notices.